



Medienmitteilung vom 13. Juni 2008

## **Über 150 NationalrätInnen gegen den Menschenhandel**

**"Der Bundesrat muss unmittelbar handeln und die Europarat-Konvention gegen Menschenhandel unterschreiben und ratifizieren" erklärt Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer, die heute Freitag eine entsprechende Motion einreicht. Diese wurde von 155 ParlamentarierInnen aller politischer Parteien mitunterzeichnet und zeigt die hohe Dringlichkeit des Anliegens, dass der Opferschutz im Menschenhandel und nicht die Abschiebung endlich ins Zentrum gestellt werden muss.**

In jedem Schweizer Austragungsort wurden grosse Summen der öffentlichen Gelder für die Euro 08 investiert. Zudem verdient sich die UEFA eine goldige Nase mit diesem Anlass und muss sich dabei finanziell mit keinem Rappen an den daraus ausgelösten Nebeneffekten beteiligen, wie beispielsweise dem Frauenhandel, der vermehrten Prostitution und dem zu erwartenden Anstieg der (häuslichen) Gewalt.

Deshalb verlangen die Motionärin und die SP-Frauen Schweiz mit diesem Vorstoss, dass der Bundesrat endlich die Dringlichkeit des Opferschutzes im Menschenhandel begreift und die entsprechende Konvention des Europarates unterschreibt, wie dies bereits 38 von 47 Mitgliedstaaten und die Kantone Zürich, Bern, Genf und Waadt gemacht haben. Das Abseitsstehen der Schweiz ist nicht länger tolerierbar. Dies unterstreicht auch die Petition der Kampagne Euro 08 gegen Frauenhandel, die aus einer breiten Bewegung von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen besteht.

Der Bundesrat hat nach einer Interpellation der Nationalrätin Josiane Aubert im Frühjahr seine konkrete Antwort auf den Sommer verschoben. Die breit abgestützte Motion ist nun der vorgelegte Steilpass, den der Bundesrat verwerten muss. Andernfalls bleibt nur das schämliche Eigentor.

**Material**  
**die neue Website der SP-Frauen**  
**Interpellation Josiane Aubert**  
**Kampagne Euro 08 gegen Frauenhandel**